



Henrik Zimmermann,
Géraldine Mercedes Boesch,
Tanja Bauer, Lennart Koch,
Brigitte Rohrbach (von links
nach rechts).

Corinne Fankhauser

Unser Ziel: Wieder eine rot-grüne Mehrheit in Köniz

Am 28. September 2025 ist Wahltag in Köniz: Die SP zieht mit einem starken Fünferticket in den Gemeinderatswahlkampf. Für das Gemeindeparlament treten 40 engagierte und motivierte SP- und acht JUSO-Kandidierende an. Mit dieser geballten Power ergreifen wir Partei für ein soziales Köniz.

Die SP ist in Köniz klar die wählerstärkste Partei. Die Könizer:innen vertrauen unseren Leuten und wählen sie ins Gemeindepräsidium, in den Gemeinderat und ins Parlament. Dieses Vertrauen verpflichtet und erlaubt uns, selbstbewusst in die nächsten Wahlen zu gehen. Vor drei Jahren konnte Tanja Bauer das Gemeindepräsidium in einer Ersatzwahl gegen den bürgerlichen Angriff verteidigen. In einer weiteren Ersatzwahl vor einem Jahr eroberte Géraldine Mercedes Boesch beinahe einen zweiten SP-Sitz im Gemeinderat. Diese Ausrufezeichen wie auch das Wachstum der SP Köniz – die Sektion hat mit neu über 300 Mitgliedern einen neuen Höchststand erreicht – deuten einen Linksrutsch in Köniz an.

Die Könizer Gemeindepräsidentin Tanja Bauer stellt sich mit grossem Elan erneut für das Amt zur Verfügung. Unter ihrer Führung

ist es der Gemeinde gelungen, die Finanzen zu stabilisieren. Mit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz hat sie einen Meilenstein erreicht, und die Verabschiedung der Wirtschaftsstrategie hat Impulse für den Werkplatz Köniz gesetzt. Dass keine Partei das Gemeindepräsidium angreift, ist Anerkennung für ihre gute Arbeit und das Wirken der SP. Die grossen Weichenstellungen werden aber dank Mehrheitsverhältnissen erreicht – in der Exekutive wie in der Legislative.

Geballte Power für ein soziales Köniz

Für den Gemeinderat kandidieren neben Tanja Bauer Géraldine Mercedes Boesch, Brigitte Rohrbach, Henrik Zimmermann und Lennart Koch. Mit diesem Team wollen wir den 2013 verlorenen zweiten Sitz der SP zurückholen und in der viertgrössten Gemeinde des Kantons Bern eine rot-grüne Mehrheit

erreichen. Mit je 20 Kandidierenden auf einer Frauen- und einer Männerliste wollen wir ausserdem die bisher zehnköpfige Fraktion im Gemeindeparlament vergrössern. Die Kandidierenden arbeiten in den unterschiedlichsten Berufsfeldern, sind vielfach ehrenamtlich aktiv und kommen aus den verschiedensten Winkeln von Köniz: Sie spiegeln die Vielfalt der Gemeinde wider. Mit einer achtköpfigen Liste will zudem die JUSO ihren 2021 eroberten Sitz verteidigen.

Politik am Puls der Bevölkerung

Sie alle eint das konsequente Einstehen für eine mutige und solidarische Politik. In einem Workshop zu Beginn des Jahres trug unsere Basis viele Ideen zusammen – Grundlage für die 30-seitige Wahlplattform mit unserer Vision für ein soziales Köniz. Über den Sommer sammelten unsere Mitglieder rund 1000 Unterschriften für unsere Petition für ein sicheres und durchgängiges Velonetz. In Zeiten von Krisen und Unsicherheiten zeigt die SP Köniz, wie auch auf Gemeindeebene mutige und solidarische Politik nahe am Puls der Bevölkerung möglich ist. Gemeinsam ergreifen wir Partei für ein soziales Köniz.



Gegen Queerfeindlichkeit und Kommerz



Am 2. August hat die dritte Pride in Bern stattgefunden, diesmal unter dem Motto «Zäme für Fröid, Widerstand und Liebi.» Mit dabei waren mehrere Organisationen, Vereine und Gruppen, so auch die SP queer Kanton Bern, SP Stadt Bern und JUSO Stadt Bern. Die friedliche Demo zog durch die Altstadt, der Aare entlang und wieder hinauf zum Bundesplatz, wo sie mit politischen Reden und einer Feier endete. Doch so schön die Pride auch war: Sie kämpft durch die politische Lage und kommerzielle Interessen immer mehr um ihr Dasein.

Die Pride unter Druck des politischen Zeitgeistes

Gerade in schwierigen Zeiten wie heute ist es nicht selbstverständlich, dass queere Menschen ihre Meinung ohne Risiko kundtun können – aufgrund des wachsenden Konservatismus in der Gesellschaft und des Missmuts gegenüber dem politischen Kampf, welche die queere Community zugunsten gleicher Rechte führt.

Oft fragen sich Menschen, wieso es überhaupt noch eine Pride braucht – «Ihr dürft heiraten, eure Namen ändern und Kinder adoptieren, was wollt ihr noch?». Die Realität zeigt aber, dass all diese Wege mit Hürden übersät sind, seien es diskriminierende Aussagen oder behördliche Schikane. Die Pride braucht es, um genau diese Missstände anzuprangern. Zudem gibt es nach wie vor nicht erfüllte Forderungen, die oft nicht wahrgenommen werden, da die «grossen» Errungenschaften, wie die Ehe für alle, diese übertdecken. Noch immer sind Konversionstherapien in der Schweiz erlaubt und nicht-binäre Geschlechteridentitäten sind nicht anerkannt.

Zeitgleich droht der Verlust von erkämpften Erfolgen. Unter dem Trumpismus, welcher nicht allzu ungleich der SVP-Politik ist, kommen queere Rechte unter Druck und werden trans Personen zum Sündenbock der neuen Rechten. Genau deshalb ist es wichtig, dass wir uns mit dezidiert queerfeministischen Forderungen auf der Strasse zeigen und nicht unter dem Druck der kapitalistischen Geldgeber:innen buckeln.

Der schädliche Kommerz, der Prides über die Jahrzehnte in die Fänge bekam

Leider ist genau dies jedoch schon seit Jahren der Fall. Prides wie die in Zürich werden von globalen Firmen wie Johnson und Johnson und Google gesponsert. Die Pride dankt den

Sponsor:innen durch gemässigte Forderungen und fehlende Diversität, um die grossen Geldgeber:innen nicht zu erzürnen. Damit haben sich die Organisator:innen jedoch ins eigene Fleisch geschnitten. Da das politische Pendel nach rechts ausschwingt, sehen sich diese Firmen immer wie weniger genötigt, als queer-freundlich zu gelten – Spendengelder an queere Organisationen werden gestrichen. Das Resultat sind Prides mit fehlenden Geldern und fehlenden Werten. So liegt der Hauptfokus dieser Prides noch immer auf cis-männlichen, weissen, schwulen Männern, da diese am wenigsten anecken. Auch die Polizei darf noch immer ein Teil der Demos sein, trotz der historischen Problematik.

Was können wir dagegen tun?

An diesen Beispielen sieht man, dass es ein Machtgefälle gibt: Nur was die breite, heteronormative Masse nicht stört, wird unterstützt. Genau darum ist es wichtig, dass sich auch cis-hetero Personen für die Rechte von Queers einsetzen. Denn genau diese Menschen können mit Hilfe ihrer Reichweite queere Themen «normalisieren» und weitere Personen für den Kampf für die Gleichstellung gewinnen.

Dieser Einsatz ist auch abseits der Pride möglich: So kann man beispielsweise auf abschätzigste Kommentare aufmerksam machen und diese kritisieren sowie Freunde über queere Anliegen aufklären. Gemeinsam können wir mit kleinen und grossen Taten eine offenere Welt schaffen.



Mohamed Abdirahim,
Interimspräsident SP queer
Kanton Bern

Offener Brief

Bürger- gemeinde Bern erneut infrage gestellt



Charlotte Günther,
Präsidentin JUSO
Stadt Bern



Die JUSO Stadt Bern bei der Übergabe des offenen Briefs an die Bürgergemeinde.

Die Bürgergemeinde Bern – die reichste Bürgergemeinde der Schweiz überhaupt – ist bekannt für ihr wohlütiges Engagement, ihre Beiträge an Konzerte und Museen und ihre Institutionen, wie beispielsweise das Generationenhaus. Schlagzeilen über die Bürgergemeinde gab es in der Vergangenheit aber auch aus weniger schönen Gründen. So kündigte sie im Frühling dieses Jahres beispielsweise dem «Aufenthaltsraum» an der Postgasse die Räumlichkeiten, einer sozialen Institution, die täglich etwa 70 obdachlosen und anderweitig hilfsbedürftigen Menschen eine Mahlzeit, ein Gespräch und einen Raum zum Sein anbietet. Dies, weil die Bürgergemeinde ihre Liegenschaft renovieren und künftig mit «Mietzins auf Marktniveau» vermieten will – es grüsst die Aussicht auf Profit.

Wohltätiger Verein oder undurchsichtige Machtstrukturen?

Dass die Bürgergemeinde heute trotzdem eher als wohltätiger Verein und nicht vor allem als undurchsichtige Berner Machtinstitution mit Immobilienimperium und eigener Bank, als Überbleibsel aus feudalen Zeiten wahrgenommen wird, liegt auch an ihrer aktiven Bemühung darum, einen positiven Eindruck

nach aussen zu machen. Spätestens nachdem 2008 das Buch «Netzwerke des Konservatismus» der Historikerin Katrin Rieder erschienen war, in dem unter anderem personelle Verstrickungen zwischen der Bürgergemeinde und Nazis aufgedeckt wurden, musste die Bürgergemeinde aktiv werden, um ihr Image zu verbessern: Sie versuchte es durch offensivere Kommunikation nach aussen und mehr öffentliche Anlässe, die das Label «Bürgergemeinde» trugen.

Zeit, mit offenen Karten zu spielen!

Trotzdem gab es immer wieder Kritik – und zwar von allen Seiten: 2009 forderte die SP Kanton Bern offiziell ihre Abschaffung, 2018 kritisierte die liberale Denkfabrik Avenir Suisse die Bürgergemeinde Bern und im selben Jahr wurde aus den Reihen der SP im Berner Stadtrat ein Postulat eingereicht, welches Reparationszahlungen und die Fusion der Bürgergemeinde mit der Einwohner:innengemeinde forderte.

Anfang Juli dieses Jahres übergaben nun Vertreter:innen der JUSO und anderer linker Parteien einen offenen Brief an die Bürgergemeinde, der diese Forderung wiederholte – und der Bürgergemeinde ein paar sehr konkrete, kritische Fragen zu ihrer

Daseinsberechtigung und ihrem Demokratieverständnis stellte.

Inzwischen hat die Bürgergemeinde auf den offenen Brief, der unter anderem auch von der SP Stadt Bern unterzeichnet wurde, geantwortet – jedoch ohne auf die konkreten Fragen einzugehen. Sie beruft sich auf die Kantonsverfassung, in der die Bürgergemeinden festgeschrieben sind, ganz nach dem Motto «Es soll die Bürgergemeinden geben, weil es sie gibt», und titulierte den Brief und seine Kritik als «populistisch». Weshalb tut sie dies? Wenn die Kritik im Brief unberechtigt ist, sollte es doch kein Problem für die Bürgergemeinde sein, auf die Fragen darin einzugehen, oder?

Es bleibt zu hoffen, dass die Bürgergemeinde bei einem Austauschgespräch, das für September geplant ist, mit offeneren Karten spielt.

Offener Brief

[www.jusobern.ch/
aktuelles/offener-brief-
an-die-burgergemeinde-
bern/](http://www.jusobern.ch/aktuelles/offener-brief-an-die-burgergemeinde-bern/)

